



Heitlinger: Grün-Schwarz verlässt sich trotz Krise darauf, dass andere Länder für uns Nahrungsmittel produzieren

Baden-Württemberg muss seinen Beitrag zur globalen Ernährungssicherheit leisten.

Zu den aktuellen Medienberichten, dass Deutschland immer mehr Nahrungsmittel importiert (in 2022 Lebensmittel und Agrarprodukte von mehr als 100 Milliarden Euro) und in der Handelsbilanz ein Rekorddefizit klafft, meint der agrarpolitische Sprecher der FDP/DVP-Fraktion, **Georg Heitlinger**:

„Die aktuellen Zahlen belegen, was ich schon vor Monaten angemahnt habe - dass wir beim aktuellen agrarpolitischen Kurs immer mehr Nahrungsmittel importieren müssen. Die Landesregierung verlässt sich trotz multipler Krisen darauf, dass andere Länder diese für uns produzieren. Damit verschärft sie die ohnehin schon angespannte Situation der globalen Nahrungsmittelversorgung und erweist dem Klimaschutz einen Bärendienst. Baden-Württemberg muss seinen Beitrag zur globalen Nahrungsmittelsicherheit leisten. Wir leben in einer klimatisch günstigen Region mit guten Böden. Die müssen wir auch für den Anbau von Nahrungsmitteln nutzen. Kein weiterer Hektar an wertvoller Ackerfläche darf mehr geopfert werden.

Grün-Schwarz muss die ideologiegetriebenen Ziele wie den Anteil der Bio-Landwirtschaft auf 30 bis 40 Prozent bis 2030 auszubauen, unverzüglich auf den Prüfstand stellen, strikt wissenschaftlich und mit Folgeabschätzungen für die Nahrungsmittelversorgung im globalen Kontext. Mehr Ökolandbau bringt hierzulande geringere Erträge. Fehlen diese, müssen sie in anderen Teilen der Welt produziert werden. Das macht Bio-Lebensmittel auch nicht per se nachhaltiger. Es ist höchste Zeit für einen faktenbasierten und offenen Umgang mit der Grünen Biotechnologie. Dass die Bundesregierung in ihrer Zukunftsstrategie Forschung und Innovation die Chancen von neuen Züchtungstechniken wie der Genschere CRISPR/Cas berücksichtigen will, um die Züchtung von klima- und standortangepassten, robusten und ertragsreichen Pflanzen voranzubringen, begrüße ich außerordentlich. Von der Landesregierung erwarte ich, dass sie dieses Vorhaben jetzt vollumfänglich unterstützt. Ich erwarte auch, dass sie den Ausbau der erneuerbaren Energien endlich so voranbringt, dass er die Flächenkonkurrenz zwischen Lebensmittel- und Energieerzeugung nicht weiter verschärft.



Es kann nicht sein, dass wir hier im reichen Europa den Menschen in den armen Ländern ihre Lebensmittel wegkaufen. Die Folge steigender Importe sind zwangsläufig höhere Preise, was dazu führen wird, dass sich die Situation in den Entwicklungsländern weiter zuspitzt. Sich ein vermeintlich gutes Gewissen mit dem Geldbeutel zu erkaufen, ist schlicht ethisch verwerflich. Die Ernährungssicherheit muss neben dem Biodiversitätsschutz und der Stärkung des ländlichen Raumes ein fester Bestandteil der Agrarpolitik der Landesregierung werden. Wir Landwirte sind bereit dazu. Dafür brauchen wir jetzt aber die Rahmenbedingungen und Planungssicherheit.“